

Pressemitteilung der SPD Leipzig

Kommunen entschulden, Demokratie stärken.

SPD Leipzig fordert Trendwende bei Kommunalfinanzen

Die SPD Leipzig warnt vor dem weiteren Verschleppen der kommunalen Entschuldung und stellt sich klar an die Seite des Deutschen Städtetags (DST). Zur morgigen Ministerpräsidentenkonferenz und dem Treffen von Burkhard Jung als DST-Präsident mit dem Bundeskanzler fordert die Leipziger SPD: Schluss mit Ankündigungen, her mit Entscheidungen! Den Städten kann man nicht nur immer mehr Aufgaben zuschieben, sie brauchen auch das Geld, um sie zu bewältigen. Weniger finanzielle Zwangsjacke, mehr Spielräume und eine ehrliche Reform von Aufgabenteilung und Ausgaben.

“Wer den Kommunen die Luft abschnürt, sägt am Fundament der Demokratie. Denn die legitimiert sich zu einem großen Teil aus ihren Ergebnissen”, erklärt Dr. Benjamin Schulz, Co-Vorsitzender der SPD Leipzig. “Leipzig, Chemnitz oder Dresden sind nicht die Vollzugsämter von Bund und Land, sondern Orte, an denen Demokratie konkret wird. In der Kita, im Bürgerbüro, auf dem Sportplatz erleben Menschen unmittelbar die Leistungsfähigkeit ihres Staates. Wir wollen, dass Städte gestalten können, statt nur noch Löcher zu stopfen. Dafür braucht es jetzt eine umfassende Entschuldung und einen deutlich höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer.”

Die SPD Leipzig unterstützt ausdrücklich die Forderungen des Deutschen Städtetags. Kommunen tragen den Löwenanteil der Aufgaben, bekommen aber nur einen Bruchteil der Steuereinnahmen. Sozialausgaben steigen mit zweistelligen Raten, freiwillige Leistungen wie Kultur, Sport oder Jugendprojekte geraten unter die Räder. Ein einmaliger Schuldenschnitt reicht aus Sicht der SPD Leipzig nicht aus. Ohne strukturell höhere Einnahmen und faire Aufgabenverteilung steht der nächste Krisengipfel schon fest.

“Die kommunale Ebene ist kein Anhängsel, sondern Rückgrat unseres Staatswesens”, so Christina März, Co-Vorsitzende und Finanzpolitikerin der SPD-Stadtratsfraktion weiter. “Wenn Städte im Dauerdefizit feststecken, merken die Menschen das sofort: schlechte Bus- und Bahnanbindung, bröckelnde Schulen, Sanierungsstau bei Sportanlagen, Einschränkungen bei kulturellen Angeboten und weniger kommunaler Wohnraum. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse ernst meint, muss jetzt handeln und nicht erst, wenn das nächste Haushaltssicherungskonzept auf dem Tisch liegt. Die Kommunen sind schon jetzt an ihrer Leistungsgrenze.”

Die SPD Leipzig fordert als größter ostdeutscher Stadtverband eine wirksame Entschuldung hochverschuldeter Kommunen, einen deutlich höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer sowie spürbare Entlastungen bei den Sozialausgaben. Damit Kommunen wieder investieren können, statt nur noch Krisen zu verwalten.